

Antrag auf Wiedererteilung einer Fahrerlaubnis

Name:	Vorname:	Geburtsort und Geburtsdatum:
Anschrift:		
Telefonnummer:	Handynummer:	E-Mail:

Ich möchte für folgende Fahrerlaubnisklassen die Wiedererteilung beantragen:

A **BE** **CE** **DE**

Beigefügte Antragsunterlagen (§ 15 FahrIG):

- Kopie des Personalausweises
Der Personalausweis ist im Rahmen des Antragsverfahrens persönlich bei der Behörde vorzulegen.
Bitte vereinbaren Sie dazu einen Termin.
- Lebenslauf
- Zeugnis/Gutachten (nicht älter als 1 Jahr) über die Erfüllung der von Bewerbern um eine Fahrerlaubnis der Klasse C1 geforderten Anforderungen an die körperliche und geistige Eignung (oder eine gültige Fahrerlaubnis der Klasse C1, C1E, C, CE, D1, D1E, D oder DE)
- Bescheinigung/Zeugnis (nicht älter als 1 Jahr) über die Erfüllung der von Bewerbern um eine Fahrerlaubnis der Klasse C1 geforderten Anforderung an das Sehvermögen (oder eine gültige Fahrerlaubnis der Klasse C1, C1E, C, CE, D1, D1E, D oder DE)
- Eine amtlich beglaubigte Kopie des Kartenführerscheins

-
- Ich nehme zur Kenntnis, dass ich ein erweitertes Führungszeugnis zur Vorlage bei einer Behörde beantragen muss.
 - Die Hinweise zum Datenschutz nehme ich zur Kenntnis und stimme zu.

Ort, Datum

Unterschrift

Regierungspräsidium Gießen – Hinweise zum Datenschutz, Fahrschul- und Fahrlehrerrecht

Sie erhalten diese Information nach Art. 13 und Art. 14 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO), da Sie dem Regierungspräsidium Gießen im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens personenbezogene Daten zu Ihrer Person mitgeteilt haben bzw. diese bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erhoben wurden.

Verantwortlichkeit

Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das Regierungspräsidium Gießen. Sie erreichen das Regierungspräsidium Gießen, wie folgt: Landgraf-Philipp-Platz 1-7, 35390 Gießen; E-Mail: poststelle@rpgi.hessen.de; Tel.: 0641/303-0

Umgang mit Ihren Daten

Die Berechtigung zur Erfassung und der Umfang der erhobenen Daten ergeben sich aus Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. c) und lit. e), Abs. 2 und 3 DS-GVO in Verbindung mit dem Fahrlehrergesetz, der DV FahrIG, der FahrschAusbO, der Fahrlehrer-Prüfungsverordnung (FahrIPrÜfV) sowie der §§ 3 Abs. 1, 23 Hess. Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG).

Die Datenverarbeitung erfolgt zur Erfüllung der gesetzlich übertragenen Aufgaben und ist für die Durchführung des Fahrlehrergesetzes und seiner Nebengesetze erforderlich.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nicht auf Grundlage einer automatisierten Entscheidungsfindung oder Profiling.

Zusätzliche Informationen nach Art. 14 DS-GVO

Das Regierungspräsidium Gießen kann unter Beachtung der gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten auch bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben. Dies können z.B. die Fahrerlaubnisbehörde, der TÜV, Sachverständige der Fahrschulüberwachungen (Regelüberwachungen, Überwachung der pädagogischen Qualitäten sowie der Aufbauseminare), der Fahrlehrerprüfungsausschuss bei der jeweils betroffenen Behörde, das Fahreignungsregister, das Bundesamt für Justiz (FZ, GZR) sein. Darüber hinaus können personenbezogene Daten auch aus öffentlichen Quellen bezogen werden.

Es werden möglicherweise folgende Kategorien personenbezogener Daten, welche bei anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erhoben wurden, verarbeitet:

- ° Eintragungen aus dem Gewerbezentralregister, aus dem Fahreignungsregister,
- ° persönliche Angaben: Name, Anschrift, Geburtsdatum, Geburtsort
- ° sachliche Angaben: finanzielle Situation (Steuerschulden), E-Mail-Adressen u.Ä..

Empfänger Ihrer Daten

Soweit dies zur Bearbeitung des Verfahrens erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte übermittelt. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an das KBA, den TÜV, Sachverständige (s. o.). Die übermittelten Daten dürfen von den vorgenannten Stellen ausschließlich im Rahmen der gesetzlichen Aufgabenerfüllung verwendet werden.

Zur Durchführung des Erteilungsverfahrens kann die Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten in Drittländer erforderlich werden.

Speicherdauer und -fristen

Die für die Durchführung des Verwaltungsverfahrens erhobenen personenbezogenen Daten werden für die Dauer des Verfahrens gespeichert. Sofern keine spezialgesetzlichen Vorgaben bestehen, erfolgt eine Orientierung an den im Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen genannten Aufbewahrungsfristen.

Ihre Rechte

Es besteht ein Recht des/der Betroffenen auf Auskunft seitens des Verantwortlichen über die betreffenden personenbezogenen Daten, auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung. Sie haben darüber hinaus das Recht auf Beschwerde bei dem/der Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Postfach 3163, 65021 Wiesbaden. Darüber hinaus können Sie sich mit einer Beschwerde an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n wenden, wenn Sie der Auffassung sind, dass datenschutzrechtliche Vorschriften bei der Verarbeitung Ihrer Daten nicht beachtet worden sind.

Datenschutzbeauftragte/r

Die/den Datenschutzbeauftragte/n des Regierungspräsidiums Gießen erreichen Sie unter der oben genannten Anschrift, zu Hd. der/des Datenschutzbeauftragte/n des Regierungspräsidiums Gießen oder per E-Mail: dsb@rpgi.hessen.de